

**Zu Ramstein:
Ein offener Brief von US-Bürgern und -Bürgerinnen
an Kanzlerin Angela Merkel**

26. Mai, 2015

Ihre Exzellenz Dr. Angela Merkel
Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Kanzlerin Merkel:

Morgen, am 27. Mai, wird ein deutsches Gericht die Zeugenaussage des Herrn Faisal bin Ali Jaber, einem Umwelt-Ingenieur aus Jemen, anhören, der 2012 bei einem Drohnenanschlag der USA zwei Angehörige verlor. Es ist das erste Mal, dass ein Gericht eines Landes, das dem Drohnenprogramm der USA erhebliche militärische Unterstützung gewährt, die Anhörung in einem solchen Fall gestattet.

US-Drohnenangriffe haben in zahlreichen Ländern, auch solchen, gegen die seitens der USA offiziell kein Krieg geführt wird, zehntausende Menschen getötet oder verstümmelt. Die meisten Opfer waren bisher Unschuldige – darunter auch vielfach Kinder –, die sich mehr oder wenig zufällig in der Umgebung des Ziels aufgehalten haben, das im Rahmen des jeweiligen Drohnenanschlags automatisch anzusteuern war. Einer vielbeachteten Untersuchung zufolge kommen auf einen gezielt getöteten Kämpfer 28 getötete „unbekannte Personen“. Die Familien der Toten können in den USA nicht einmal ein Gerichtsverfahren dagegen anstoßen, da ihnen, sofern die Opfer nicht US-Bürger waren oder sind, das Klagerecht versagt ist. Es ist beschämend, dass für die Familien der Opfer der Rechtsweg ausgeschlossen ist.

Vor diesem Hintergrund ist der Fall von Herrn bin Ali Jaber, der seine Familie vor einem deutschen Gericht vertritt, für all diejenigen von großem Interesse, die seit langem gegen die Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts aufstehen, die die US-Regierung im Zuge ihres sogenannten Kriegs gegen Terror unentwegt begeht. Meldungen zufolge wird Herr bin Ali Jaber vorbringen, dass die deutsche Regierung mit dem Zugeständnis an die USA, den Luftwaffenstützpunkt Ramstein für außergerichtliche „gezielte Tötungen“ im Jemen zu nutzen, gegen die deutsche Verfassung verstoßen habe. Erwartet wird, dass er beantragt, die deutsche Regierung möge „rechtliche und politische Verantwortung für den US-Drohnenkrieg in Jemen übernehmen“ und „die Nutzung der Satelliten-Relais-Station in Ramstein verbieten“.

Anerkannte und international verbreitete Veröffentlichungen belegen glaubwürdig, dass die Satelliten-Relais-Station der US-Streitkräfte in Ramstein eine entscheidende Rolle bei allen Drohnenangriffen im Nahen Osten, in Afrika und in Südwestasien spielt. Mehr noch: Es käme nicht zu den Tötungen und Verstümmelungen durch Raketen, die von US-Drohnen abgefeuert werden, wenn die deutsche Regierung nicht mit den USA kooperierte und diesen

für ihre widerrechtlichen Drohnenkriege die Nutzung des Luftwaffenstützpunkts Ramstein gestattete – eines Militärstützpunkts also, der siebzig Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom NS-Regime mit Verlaub gesagt, einen Anachronismus darstellt.

Ungeachtet des Ausgangs des Kölner Verfahrens für Herrn bin Ali Jaber – es kann Jahre dauern, bis ein Urteil verkündet werden wird –, ist es für Deutschland jetzt an der Zeit, wirksame Maßnahmen zu ergreifen und den USA die Nutzung des Luftwaffenstützpunkts Ramstein für Kampfdrohnen-Einsätze zu verwehren.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Wirklichkeit sieht doch so aus: Der Militärstützpunkt untersteht der rechtlichen Hoheit der bundesdeutschen Regierung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Luftwaffe der USA die Genehmigung hat, den Stützpunkt zu nutzen. Wenn rechtswidrige Handlungen, etwa außergerichtliche Tötungen u. ä. von Ramstein oder anderen Militärbasen der USA auf deutschem Territorium durchgeführt werden und die zuständigen US-Behörden von solchen Rechtsbrüchen nicht ablassen, sind – bei allem Respekt vor Ihrer Autorität – Sie und Ihre Regierung nach internationalem Recht in der Pflicht zu handeln. Dies wurde so im Ergebnis der Nürnberger Prozesse in den „Federal Rules Decisions“ von 1946–47 (6 F.R.D. 69) klar ausgedrückt und zum Bestandteil nicht zuletzt auch des US-Rechts gemacht. Diesen Regeln zufolge ist jeder und jede Einzelne – einschließlich Geschäftsleute, Politiker und andere Funktionsträger_innen – mit zur Verantwortung zu ziehen, der oder die an der Ausübung eines Kriegsverbrechens beteiligt ist.

Im Jahre 1991 wurde der Bundesrepublik Deutschland durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag „volle innere und äußere Souveränität“ garantiert. Der Vertrag betont, dass „von deutschem Boden nur friedliche Handlungen ausgehen sollen“ und folgt damit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das in Artikel 26 festschreibt, dass Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges „verfassungswidrig“ und „unter Strafe zu stellen“ seien. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch weltweit hoffen viele Menschen, dass das deutsche Volk und seine Regierung zu einer Politik im Dienste von Frieden und Menschenrechten finden; die Welt braucht eine solche Politik dringend.

Die deutsche Regierung gibt häufig vor, keine Kenntnisse von den Aktivitäten in Ramstein oder anderen US-Stützpunkten auf deutschem Boden zu haben. Bei allem Respekt geben wir zu bedenken: Wenn dies wirklich der Fall sein sollte, wären Sie und Ihre Regierung gehalten, vom Militär und von den Nachrichtendiensten der USA in Deutschland dringend die nötige Transparenz und Verantwortlichkeit einzufordern. Wenn das derzeitige Truppenstatus-Abkommen (SOFA) zwischen den USA und Deutschland der Transparenz und Rechenschaft entgegensteht, die die deutsche Regierung benötigt, um auf dem eigenen Territorium deutschem und internationalem Recht Geltung zu verschaffen, dann muss verlangt werden, dass die USA das SOFA geeignet abwandeln.

Wie Sie sicher wissen, sind Deutschland und die USA jeweils unilateral dazu berechtigt, das SOFA mit zweijähriger Kündigungsfrist zu beenden. Viele in den USA würden sich einer Neuverhandlung des Truppenstatus-Vertrags, die zur Wiederherstellung des Vorrangs des Rechts erforderlich wäre, nicht nur kaum entgegenstellen, sondern sie im Gegenteil begrüßen.

Mit dem Ende des Krieges vor siebzig Jahren im Jahre 1945 stand die Welt vor der Aufgabe, die internationale Herrschaft des Rechts wiederherzustellen und zu festigen. Daraus ergaben sich die Bemühungen, Kriegsverbrechen zu definieren und zu bestrafen sowie wesentliche Anstrengungen, wie zum Beispiel die Nürnberger Prozesse oder die Bildung der Vereinten Nationen, die 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkünden sollten. Während Deutschland die Prinzipien der Erklärung einzuhalten sucht, wurden sie von den USA, zumal in den letzten Jahren, immer mehr ignoriert. Zudem sind die USA bei der Verletzung dieser Prinzipien immer wieder bestrebt, die NATO und andere Verbündete zu Komplizen zu machen.

Das Drohnenprogramm wurde von den USA 2001 heimlich gestartet, ohne Kenntnis des amerikanischen Volks sowie der meisten Kongressmitglieder; erst 2008 wurde das Programm von US-Friedensaktivisten entdeckt und bekanntgemacht. Auch die britische Bevölkerung wurde nicht informiert, als das Vereinigte Königreich 2007 Killer-Drohnen von den USA bezog. Die deutsche Bevölkerung durfte erst vor kurzem dank mutiger Berichte unabhängiger Journalisten und Whistleblower von der Schlüsselrolle Ramsteins im illegalen Drohnenprogramm der USA erfahren.

Viele deutsche Bürger_innen, die sich jetzt die Funktion Ramsteins sowie die Untergrabung der Menschenrechte und des internationalen Rechts bewusst gemacht haben, fordern Sie als Bundeskanzlerin und ebenso Ihr Kabinett auf, der Herrschaft des geltenden Rechts auf deutschem Territorium, einschließlich dem der US-Stützpunkte, Geltung zu verschaffen. Nicht zuletzt aufgrund der unverzichtbaren Rolle des Truppenstützpunkts Ramstein für sämtliche Drohnenangriffe der USA obliegt es allein der deutschen Regierung, diese illegalen Einsätze samt und sonders zu stoppen. Entschlossene Schritte von deutscher Seite in dieser Sache würden bei den Nationen der Welt, einschließlich Europas gewiss Unterstützung finden.

Die „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Einsatz von bewaffneten Drohnen“, die am 27. Februar 2014 mit einer überwältigenden Mehrheit von 534 : 49 Stimmen angenommen wurde, fordert die Mitgliedstaaten auf, „sich gegen die Praxis gezielter außergerichtlicher Tötungen auszusprechen und sie zu verbieten“ sowie insbesondere, selber „keine rechtswidrigen gezielten Tötungen [zu] verüben oder solche Tötungen durch andere Staaten [zu] begünstigen“. Des Weiteren fordert die Entschließung die Mitgliedstaaten der EU auf, „dafür zu sorgen, dass Maßnahmen im Einklang mit den Verpflichtungen im Rahmen des innerstaatlichen Rechts und des Völkerrechts getroffen werden, sobald Grund zu der Annahme besteht, dass eine Person oder eine Organisation in ihrem Rechtsgebiet mit im Ausland verübten rechtswidrigen gezielten Tötungen in Verbindung gebracht werden kann“.

Tatsächlich sind außergerichtliche Tötungen – das Töten von „Verdächtigen“ – auch ein schwerer Verstoß gegen die Verfassung der USA. Die Initiierung und Durchführung von Tötungen und Kriegshandlungen in souveränen Ländern, von denen keine Bedrohung für die USA als Land ausgeht, verstoßen gegen internationale Verträge einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, die von den USA unterzeichnet und vom Kongress ratifiziert wurden.

Zehntausende US-Bürger und -Bürgerinnen haben jahrelang vergeblich darum gekämpft, das Drohnenprogramm und andere Kriegsverbrechen der USA aufzudecken und zu stoppen. Nicht zuletzt da sie bei den Bevölkerungen der angegriffenen und terrorisierten Länder zwingend Hass gegen die USA und ihre Verbündeten hervorrufen. Der völkerrechtswidrige Drohnenkrieg gegen beliebige Länder und ebenso die außergerichtlichen Inhaftierungen in Guantánamo untergraben das internationale Recht, auf das wir nach dem Zweiten Weltkrieg alle bauen.

Wir hoffen, dass die wichtigsten Verbündeten der USA – darunter aufgrund seiner unverzichtbaren Rolle insbesondere Deutschland – entschlossen handeln werden, um die außergerichtlichen Drohnen-tötungen zu beenden.

Sehr geehrte Bundeskanzlerin,

wir richten an Sie die inständige Bitte, sämtliche notwendigen Schritte zu unternehmen, um auf deutschem Territorium allen Aktivitäten in Deutschland Einhalt zu gebieten, die Drohnenkriege und -tötungen durch die US-Regierung unterstützen.

Unterzeichnet:

Carol Baum, Co-Founder of Upstate Coalition to Ground the Drones and End the Wars, Syracuse Peace Council

Judy Bello, Co-Founder of Upstate Coalition to Ground the Drones and End the Wars, United National Antiwar Coalition

Medea Benjamin, Co-Founder of CodePink

Jacqueline Cabasso, National Co-convenor, United for Peace and Justice

Leah Bolger, Former President of National Veterans for Peace

David Hartsough, PeaceWorkers, Fellowship of Reconciliation

Robin Hensel, Little Falls OCCU-PIE

Kathy Kelly, Voices for Creative Nonviolence

Malachy Kilbride, National Coalition for Nonviolent Resistance

Marilyn Levin, Co-Founder of United National Antiwar Coalition, United for Justice with Peace

Mickie Lynn, Women Against War

Ray McGovern, Retired CIA Analyst, Veteran Intelligence Professionals for Sanity

Nick Mottern, KnowDrones

Gael Murphy, CodePink

Elsa Rassbach, CodePink, United National Antiwar Coalition

Alyssa Rohricht, Graduate Student in International Relations

Coleen Rowley, Retired FBI Agent, Veteran Intelligence Professionals for Sanity

David Swanson, World Beyond War, War is a Crime

Debra Sweet, Director of World Can't Wait

Brian Terrell, Voices for Creative Nonviolence, Missouri Catholic Worker

Colonel Ann Wright, Retired Military Officer and Diplomatic Attaché, Veterans for Peace, Code Pink

Unterstützende Organisationen:

Brandywine Peace Community, Philadelphia, PA

CodePink Women for Peace

Ithaca Catholic Worker, Ithaca, NY

Know Drones

Little Falls OCC-U-PIE, WI

National Coalition for Nonviolent Resistance (NCNR)

Peace Action and Education, Rochester, NY

Syracuse Peace Council, Syracuse, NY
United For Justice with Peace, Boston, MA
United National Antiwar Coalition (UNAC)
U.S. Foreign Policy Activist Cooperative, Washington DC
Upstate (NY) Coalition to Ground the Drones and End the Wars
Veterans For Peace, Chapter 27
Voices for Creative Nonviolence
War Is A Crime
Watertown Citizens for Peace Justice and the Environment, Watertown, MA
Wisconsin Coalition to Ground the Drones and End the Wars
Women Against Military Madness, Minneapolis, MN
Women Against War, Albany, NY
World Beyond War
World Can't Wait